

Bildungsbericht der Landesregierung:

Schulische Bildung in Schleswig-Holstein – Was fehlt?

Das Ministerium für Schule und Beruf will mit dem jüngst vorgelegten Bericht zur schulischen Bildung in Schleswig-Holstein wesentliche Daten über Rahmenbedingungen, die Gestaltung, Ergebnisse und Wirkungen des Bildungssystems vorlegen. Vorweg: Die GEW begrüßt es ausdrücklich, dass nach fast 10 Jahren eine Berichterstattung zu Bildungsfragen stattgefunden hat.

Kein 4. Bildungsbericht

Der hier vorgelegte Bericht der Schulministerin wird verkürzt als vierter Bildungsbericht gehandelt und damit in eine Reihe gestellt mit den vorangegangenen drei Bildungsberichten unter der damaligen Ministerin Erdsiek-Rave. Der offizielle Titel beschreibt dabei das eigentliche Thema. In diesem Bericht geht es ausschließlich um schulische Bildung, also den Bereich, der in die Zuständigkeit der Schulministerin fällt. Das ist erklärbar, macht es aber nicht besser, dass die Ministerin diesen Bericht als »Bildungsbericht« in der Öffentlichkeit verkauft (www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/S/schule_qualitaet/bildungsbericht.html). Beinhalteten die voran gegangenen »Bildungsberichte« je nach Zuschnitt der Ministerien zumindest kurze Kapitel zur frühkindlichen Bildung, so fehlen diese im vierten Bericht völlig. Lediglich im Kapitel »Grundschulen« wird darauf verwiesen, dass diese mit den Kitas zusammenarbeiten. Auch die Vorgängermodelle, Bildungsberichte 1-3, offenbarten einen ausgesprochen eingeschränkten Bildungsbegriff. Bildung außerhalb von Schule an Universitäten, Hochschulen, Fort- und Weiterbildungseinrichtungen spielte keine Rolle und wurde nicht erfasst.

Ein echter Bildungsbericht muss jedoch nach Auffassung der GEW im Sinne des lebenslangen Lernens alle Bildungsbereiche erfassen. Da reicht es nicht, wenn die für lediglich einen Bereich zuständige Ministerin einen Teilbericht abliefern. Zumindest sollte sie dann bescheidener mit der Namensgebung für diesen Teilbericht umgehen.

Personelle Ressourcen

Bereits in der Bildungsberichterstattung für Deutschland 2014, als dessen Ergänzung sich der Schleswig-Holsteinische Schulbericht sieht, wurde festgestellt, dass personelle Ressourcen entscheidende Be-

dingungen für die Gestaltung der Bildungszeit sind. Mit Blick auf die Unterrichtsqualität und die Beschäftigungsbedingungen der Lehrkräfte unterschiedlicher Schularten wird daher im Ländervergleich über den *fachfremd erteilten Unterricht, die Teilnahme an LehrerInnen-Fortbildung* und die Unterschiede in der Umsetzung der *SchülerInnen-LehrerInnen-Relation* (Hervorhebung: C.P.) für die Gestaltung von Unterrichtsbedingungen berichtet.

Holstein erfreut rezipierten Ländervergleich 2015 fest, dass »die überwiegende Mehrheit der fachfremd unterrichtenden Lehrkräfte und der Quereinsteiger in nicht-gymnasialen Schulen eingesetzt wird« (IQB-Bildungstrend 2015 – Zusammenfassung S. 29). In diesem Bericht, über den wir uns so gefreut haben, weil er in bestimmten Bereichen für Schleswig-Holstein so gut ausfiel, heißt es weiter:



Foto aus der GEW-Foto-Aktion:
»Aktiv für gute Arbeit«

Fachfremder Unterricht

Zum fachfremden Unterricht findet sich nichts in dem vorliegenden Bericht. Spielt dieses Thema in Schleswig-Holstein etwa keine Rolle? Mitnichten. Der Bildungsbericht für Deutschland 2014 hat für 2011/2012 den Anteil der Mathematiklehrkräfte mit Fakultas im Primar- und Sekundarbereich erhoben. Danach lag der Anteil der fachfremd unterrichtenden Mathematiklehrkräfte in Grundschulen mit knapp 40 % (38,2 %) überdurchschnittlich hoch über dem Bundesdurchschnitt (27,3%). In den Sekundarstufen I lag der Anteil hingegen mit 10,9 % unter dem Bundesdurchschnitt von 13,6 %. Schulartspezifische Daten liegen für die Sek I nicht vor. Allerdings stellt das IQB in seinem von Schleswig-

»Die Ergebnisse zeigen, dass die von fachfremden Lehrkräften unterrichteten Schülerinnen und Schüler sowohl in Deutsch als auch in Englisch auch nach statistischer Kontrolle der Klassenzusammensetzung im Durchschnitt geringere Kompetenzen erreichen als die von Fachlehrkräften unterrichteten Schülerinnen und Schüler. In einzelnen Kompetenzbereichen sind die Leistungsnachteile an nichtgymnasialen Schulen besonders ausgeprägt. Nachdem negative Zusammenhänge fachfremd erteilten Unterrichts mit den Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern bereits im IQB-Ländervergleich 2011 in der Primarstufe und im IQB-Ländervergleich 2012 in der Sekundarstufe insbesondere für das Fach Mathematik festgestellt wurden, bestätigen die Befunde des IQB-Bildungs-

trends 2015, dass diese Zusammenhänge auch in den sprachlichen Fächern in der Sekundarstufe I bestehen.« (IQB-Bildungstrend 2015 – Zusammenfassung S. 28, www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2015/Bericht)

Zur Frage der Stellenbesetzung im Lehrkräftebereich sucht man jedoch im vorliegenden Bericht vergebens nach qualitativen Angaben. Durch Meldungen von Schulen und Personalräten weiß die GEW aber, dass die Zahl der Quer- und SeiteneinsteigerInnen, die eingestellt werden, in allen Schularten steigt. Für den berufsbildenden Bereich wurde sogar jüngst eine neue Form des Einstiegs ins Lehramt, der Direkteinstieg, entwickelt. Beunruhigende Meldungen erreichen uns aus den schwer zu besetzenden Gebieten rund um Hamburg und an der Westküste, die andeuten, dass Stellen überhaupt nicht mehr mit pädagogisch qualifiziertem Personal besetzt werden können.

Sorgen machen sollte sich die Ministerin also nicht nur um regional unterschiedliche Abiturquoten, sondern vielmehr über die zukünftige landesweit gleichmäßige Versorgung mit qualifizierten LehrerInnen: Hier fehlt etwas!

Stiefkind LehrerInnen-Fortbildung

Dieses wichtige Thema wird im Bericht mit einer mageren Seite abgehandelt. Zwar hatte das IQSH im Auftrag des MSB im Juni/Juli vergangenen Jahres eine ausgewählte Stichprobe von Lehrkräften nach ihrer Fortbildungsteilnahme befragt, allerdings fiel diese Befragung nicht repräsentativ aus. Die Rücklaufquoten für Gymnasiallehrkräfte und Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen fielen deutlich geringer aus als für Lehrkräfte anderer Schulformen. Dennoch verspricht die Studie trotz der Einschränkung in der Repräsentativität der Stichprobe einen wertvollen Erkenntnisgewinn zum Fortbildungsverhalten von Lehrkräften in Schleswig-Holstein, weil eine große Zahl von Lehrkräften aus einer Zufallsauswahl an Schulen befragt wurde (vgl.: www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IQSH/Organisation/Material/berichtLehrerfortbildungSH-2016.html). Offenbar geht man davon aus, dass allein die Möglichkeit zur Teilnahme an einer Befragung die Antwort ersetzt. Anders ist diese Aussage kaum zu verstehen.

Was fehlt also? Repräsentative Daten für die Steuerung der Fortbildung! Was fehlt noch? Nach wie vor ist die Fortbildung

Foto aus der GEW-Foto-Aktion:
»Aktiv für gute Arbeit«



für Lehrkräfte nicht ausfinanziert. Anders als im übrigen öffentlichen Dienst stehen beispielsweise Reisekostenmittel für Lehrkräfte seit Jahren unter Haushaltsvorbehalt: »Im Schulbereich werden abweichend von dem Fortbildungskonzept (Bekanntmachung des Innenministeriums vom 3.9.1997) keine Fahrkostenerstattungen und keine Mittagessenerschädigungen bei eintägigen Veranstaltungen an TeilnehmerInnen und Teilnehmer bei Fortbildungsmaßnahmen gezahlt« (Landeshaushalt, Einzelplan 07, S. 104). Auch die Stellen-situation am IQSH untermalt den stiefmütterlichen Stellenwert der Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte. Lehrkräftefort- und Weiterbildung findet fast ausschließlich im Nebenamt statt, d.h. Lehrkräfte nehmen die Aufgabe als Fort- und WeiterbildnerIn neben ihrer hauptberuflichen Tätigkeit als LehrerIn mit ein paar Abordnungsstunden am IQSH wahr. Es fehlt Hauptamtlichkeit in der Fort- und Weiterbildung.

SchülerInnen-Lehrkraft-Relation

»In der Relation Schüler je Lehrer werden alle Schüler/innen auf alle Vollzeitlehrer-Einheiten bezogen. Die Zahl der Vollzeitlehrer-Einheiten in Deutschland gibt die Summe aller belegten Stellenanteile von voll- und teilzeit- sowie stundenweise beschäftigten Lehrkräften wieder. Da sich der Umfang der Stundendeputate von Vollzeitlehrer-Einheiten, die darin enthaltenen Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden sowie die verwendeten Arbeitszeitmodelle länderspezifisch deutlich voneinander unterscheiden, lässt die Zahl der Vollzeitlehrer-Einheiten nur vage Rückschlüsse auf die Unterrichtsversorgung der Schüler/innen in den Ländern zu. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gehalts- und Besoldungsstrukturen in den Ländern kann mit der Relation Schüler je Lehrer

dagegen eher auf die für das Lehrpersonal aufzuwendenden finanziellen Mittel geschlossen werden.« So schreibt die KMK in ihren statistischen Veröffentlichungen, Dokumentation Nr. 198 – Dezember 2012. Entsprechend findet man in den meisten Bildungsberichten Angaben zur SchülerInnen-Lehrkraft-Relation. Die Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal im Verhältnis zur Entwicklung der SchülerInnen-Zahlen wird durch die SchülerInnen-Lehrkraft-Relation beschrieben. Diese Relation entwickelt sich in der Regel analog dem Indikator »Unterrichtsstunden je SchülerIn« und stellt dar, wie sich LehrerInnen-Stellen und SchülerInnen-Zahlen je Schulart zueinander verhalten. Letztere drückt damit aus, wie viele Stunden jede/r SchülerIn wöchentlich erteilt bekommen könnte, wenn ausschließlich Einzelunterricht gegeben würde. Die »reale« Unterrichtsversorgung hängt damit auch ab von der Klassengröße.

Der vorliegende Bericht stellt lediglich dar, wie sich die so genannten Vorzeit-LehrerInnen-Einheiten (alle Lehrkräfte-stunden inklusive Mehrarbeitsstunden und des eigenverantwortlichen Unterrichts der LiV sowie der stundenweise Beschäftigten) in den letzten Jahren entwickelt hat. Mit den Worten der KMK lässt er also nur vage Rückschlüsse auf die Unterrichtsversorgung ohne Bezug zur Entwicklung der SchülerInnen-Zahl zu – dieser Bezug fehlt!

Inklusion – nur ein Thema für Förderzentren

Mit dem Inklusionsbericht 2014 hatte sich die Landesregierung einem breiten schulischen Inklusionsverständnis geöffnet: »Eine inklusive Schule ist offen für alle jungen Menschen. Sie richtet ihren Unterricht und ihre Organisation auf eine Schülerschaft in der ganzen Bandbreite ihrer Heterogenität aus. Diese Heterogeni-

tät bezieht sich nicht nur auf Behinderung oder sonderpädagogischen Förderbedarf. Sie steht generell für Vielfalt und schließt beispielsweise die Hochbegabung ebenso ein wie den Migrationshintergrund oder unterschiedliche soziale Ausgangslagen.« (Bericht der Landesregierung: Inklusion an Schulen Drucksache 18/2065 vom 26.8.2014, S.5) Davon ist in dem vorliegenden Bericht nichts mehr übrig.

In diesem Bericht bedeutet Inklusion nur noch: Unterbringung von möglichst vielen SchülerInnen mit schulischen Behinderungen im Regelschulbereich. Es findet sich nichts zum Thema »Inklusive Entwicklung der allgemeinbildenden Schule«. Stattdessen wird das im Verhältnis zum Inklusionsbericht schon deutlich magere Arbeitspapier zur Inklusion vom Januar 2016 wie ein alter Teebeutel erneut aufgegossen und z.T. wortwörtlich abgeschrieben. Wir finden die alten sattsam bekannten Übersichten zum Anteil der »Inklusionsquote« in inklusiven Maßnahmen, natürlich auch im Ländervergleich – und: hurra, wir sind wieder Spitze –, also bei den Flächenländern! Da waren wir schon mal weiter: »Die Verwirklichung einer inklusiven Schule darf sich jedoch nicht allein an Quantitäten

orientieren, und sie ist kein Wettlauf um Quoten.« (Bericht der Landesregierung: Inklusion an Schulen, a.a.O, S. 81) Offenbar ist der Wettlauf nun doch wieder angesagt.

Kein Wort zu den fehlenden Stellen im Bereich der sonderpädagogischen Förderung – 500 (nach Klemm-Gutachten) bis über 1.000 (laut GEW-Berechnung). Auch kein Wort zur BewerberInnen-Lage im Bereich der Sonderpädagogik, nichts über die Versorgung der einzelnen SchülerInnen mit sonderpädagogischer Förderung, nichts zum Thema Übergänge.

Ach ja: Irgendwie haben sich dann doch die Sinti und Roma in diesem Berichtsteil verirrt.

Man fragt sich, wie diese Darstellung eines Schwerpunktbereichs der Ministerin zustande kommt und warum es nicht gelingt, Themen wie beispielsweise DaZ einzubeziehen und auch qualitative Daten z.B. aus dem Klemm-Gutachten bereitzustellen. Mit dieser engen und gleichzeitig oberflächlichen Darstellung des Themas Inklusion wird man weder den Anstrengungen der KollegInnen an allgemeinbildenden Systemen noch denen der KollegInnen am Förderzentrum gerecht: Es fehlt sowohl in der Breite wie in der Tiefe.

Wie eingangs genannt, halten wir die Erstellung eines schulischen Bildungsberichts für eine wertvolle Hilfe, um die Entwicklung im Bildungsbereich Schule voranzubringen. Dass das Ministerium für Schule und Berufsbildung sich dieses Themas nach zehn Jahren erneut zugewendet hat, verdient Anerkennung. Das hier aufgezeigte Defizit in der Berichterstattung erhebt dennoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es könnten durchaus noch weitere Artikel folgen. Wir hoffen dennoch, dass wesentliche Punkte für die nächste Berichterstattung in zwei Jahren aufgegriffen werden. Vor allem hoffen wir aber, dass auch die nächste Landesregierung den weiteren finanziellen »Wiederaufbau« des Bildungsbereichs Schule nach Jahren des Zersparens auf die Agenda nimmt. Denn auch wenn die Zahl der neu geschaffenen LehrerInnen-Stellen immer noch nicht ausreicht, um die Schulen und die Lernenden vollständig zu versorgen, der Anfang ist gemacht – und das fehlt in diesem Bericht nicht.

Christiane Petersen

Bildungsbericht der Landesregierung:

Was ist mit den Grundschulen?

Der Bericht der Landesregierung zur schulischen Bildung in Schleswig-Holstein beleuchtet die Entwicklung der vergangenen fünf Jahre. Ja, es gibt Verbesserungen, das ist richtig. So wurde der Stellenabbauverlauf verlassen, und neue zusätzliche Stellen wurden geschaffen. Die Berechnungen der GEW haben dazu geführt, dass es ein Einsehen und auch Handeln gab. Aber der Bericht zeigt auch deutlich auf, dass es noch viel zu tun gibt.

So z.B. bei den Bildungsausgaben: Schleswig-Holstein liegt im Bundesvergleich auf dem letzten Platz! Angenehm dabei ist, dass dies ehrlich und ungeschönt im Bericht zugegeben wird. Gleichzeitig hat Schleswig-Holstein die höchste Inklusionsquote der Flächenländer. Das passt nicht zusammen und geht auf Kosten der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte.

In vielen Schularten sind Verbesserungen angekommen, so erhalten die Gemeinschaftsschulen mehr Differenzierungsstun-



Foto: Dominik Buschardt / skyfish.com

den, die Klassenfrequenzen sind gesunken und liegen unter dem Bundesdurchschnitt. Das ist gut so, reicht noch nicht aus, befindet sich aber auf dem richtigen Weg.

Aber blickt man auf die Grundschulen, kann man nur erschrecken. Das, was viele KollegInnen an den Grundschulen schon seit Jahren beobachten, lässt sich deutlich